



Niederschrift

**über die Sitzung
des Ausschusses für Frauenfragen
am 28.05.2013**

Anwesend

- Vorsitz

Ebling, Michael

- Mitglieder

Becker, Johanna Dr.
Bub, Kerstin
Kunkel, Marianne
Zimmer, Christine (Urkundsperson)

- Mitglieder (nicht Ratsmitglieder)

Blume, Caroline (Urkundsperson)

- Vertretung von Verbänden und Institutionen

Assmuss, Beate
Diehl, Hannelore
Hilgefort, Gisela Dr.
Hungershausen, Regine
Oepen, Helga
Schmitt, Uta
Strohe, Inge
Wellstein, Ute

- Verwaltung

Neher, Christine
Trojanowski, Martina
Weickart, Eva

Entschuldigt fehlen

- Mitglieder

Binz, Katharina
Littig, Sabine
Trautwein, Karin

- Vertretung von Verbänden und Institutionen

Bayram, Nilüfer

Drewello-Merkel, Christiane
Ellrich, Christine (entschuldigt)
Hamann, Ursula
Hufen, Gabriele
Jochmann, Eva
Merkt, Sabrina
Schenke, Heidi
Wilwerding, Monika (entschuldigt)

Tagesordnung

a) nicht öffentlich

1. Entscheidung über die öffentliche Behandlung der Punkte 2 bis 5

b) öffentlich

2. Erster Gleichstellungsbericht des Bundes: Ergebnisse und handlungsleitende Empfehlungen
3. 2. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern: Zahlen zu Mainz
4. Erhöhung des Frauenanteils in Kommunalparlamenten
5. Mitteilungen

Der / Die Vorsitzende eröffnet um 16.35 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht geltend gemacht.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

Punkt 2 **Erster Gleichstellungsbericht des Bundes: Ergebnisse und handlungsleitende Empfehlungen** **Berichterstattung: Dr. Heike Jung, Abteilung Frauen, Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen**

Der Oberbürgermeister begrüßt Dr. Heike Jung, Leiterin der Abteilung Frauen im Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen. Frau Dr. Jung stellt mittels einer PowerPoint-Präsentation, die der Niederschrift beigelegt ist, die Eckpunkte des Ersten Gleichstellungsberichts des Bundes vor. Sie führt aus, dass mit diesem, von einer interdisziplinär besetzten Sachverständigenkommission erarbeiteten Bericht erstmals die Lebenswirklichkeit der Geschlechter, orientiert an Lebensverläufen, in den Fokus genommen worden sei. Daraus waren problemorientierte Handlungsempfehlungen an die Politik formuliert worden. Kernthemen des Berichts bilden die Bereiche Rollenbilder und Recht, Bildung, Frauenerwerbstätigkeit, Teilzeit und Minijobs, Erwerbsunterbrechungen, geschlechtsspezifische Lohnlücke und Niedriglöhne, Familienfreundlichkeit, Erwerbs- und Familienzeiten, Alterssicherung und Pflege. Ein besonderer Erkenntnisgewinn liege darin, dass in der Lebenslaufperspektive langfristige Auswirkungen von Entscheidungen, z.B. bezüglich der Erwerbstätigkeit, offengelegt und analysiert werden konnten. In diesem Zuge konnte auch verdeutlicht werden, dass den Bürgerinnen und Bürgern im Verlauf ihrer Biographien viele widersprüchliche rechtliche und politische Anreize geboten werden, was zumeist Frauen auf lange Sicht benachteilige. So würde beispielsweise einerseits viel in Bildung von Frauen und ihre Vorbereitung auf das Berufsleben investiert, während später durch Ehegattensplitting und erschwerte Wiedereinstiegchancen nach Kinderbetreuungszeiten ein konträres Lebensmodell gefördert werde.

Zentrale Handlungsempfehlungen des Berichts bestanden darin, Inkonsistenzen dieser Art abzubauen und gleichberechtigte Entwicklungschancen von Frauen und Männern in allen Lebenssituationen zu ermöglichen, tatsächliche – nicht nur formale – Wahlmöglichkeiten zu schaffen, die Kinderbetreuungsmöglichkeiten weiter auszubauen und nicht zuletzt die Auflösung von geschlechtsspezifischen Rollenbildern voranzutreiben. Insbesondere sollten Maßnahmen getroffen werden, damit Erwerbsunterbrechungen wegen Sorgearbeit nicht zu Nachteilen für die Betroffenen – zumeist Frauen – führten.

Wie Frau Dr. Jung weiter ausführt, unterstütze das Land Rheinland-Pfalz ausdrücklich die Handlungsempfehlungen des Gleichstellungsbericht und habe u.a. einen entsprechenden Leitantrag der Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz (GFMK) mitgetragen. Abschließend stellte Frau Jung derzeit aktuelle und geplante Initiativen des Frauenministeriums vor: Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG), Mentoringprogramm „Mehr Frauen in die Kommunalpolitik“, Info-Kampagne zur Alterssicherung (in Kooperation mit den Gleichstellungsbeauftragten in RLP), Ada-Lovelace-Projekt, Auflösung von Rollenbildern (vorwiegend in Kooperation mit Bildungseinrichtungen).

Für die Durchführung der Kampagne zur Alterssicherung bietet Frau Wellstein die Unterstützung des Landessenorenbeirats an. Frau Jung sichert zu, die Möglichkeit einer Beteiligung zu prüfen. Darüber hinaus erklären mehrere Mitglieder des Ausschusses ihre Zustimmung zu den Handlungsempfehlungen des Berichts und zu den Maßnahmen auf Landesebene.

Der Vorsitzende dankt Frau Dr. Jung und ruft TOP 3 auf.

Punkt 3 **2. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern: Zahlen zu Mainz**
Berichterstattung: Frauenbüro
Vorlage: 0714/2013

Herr Ebling verweist auf den mit der Einladung verschickten Auszug aus dem 2. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern erteilt Frau Weickart das Wort. Frau Weickart erinnert daran, dass der 1. Atlas zur Gleichstellung aus dem Jahr 2008 bereits seinerzeit im Ausschuss vorgestellt wurde und nun im Anschluss daran die für Mainz relevanten Zahlen im Vergleich zu den Werten auf Bundes- und Landesebene sowie mit Blick auf die Entwicklung seit 2008 vermittelt werden sollten. Erhebungszeitraum für den 2. Atlas war das Jahr 2010.

Die vom Frauenbüro zu Erläuterungszwecken durchgeführte Auswertung wird mit Hilfe einer PowerPoint-Präsentation vorgestellt. Einige daraus ablesbare Entwicklungen werden ausführlicher kommentiert, so der Indikator für Mandatsträgerinnen in Kommunalparlamenten, der für Mainz mit 36,7 % gegenüber den Zahlen für den ländlichen Raum zwar vergleichsweise hoch liege, absolut gesehen jedoch weiteren Handlungsbedarf auf dem Gebiet der politischen Partizipation deutlich mache. Die Mainzer Zahlen zu Minijobs stagnierten, während hinsichtlich der Arbeitslosenquote festgestellt werden konnte, dass diese zurückgegangen sei und mit ihrem geringeren Anteil von weiblichen Arbeitslosen eine Mainzer Besonderheit darstelle. Die Angebote der Kinderbetreuung waren gegenüber 12 % im Jahr 2008 deutlich auf 20,9 % im Jahr 2010 angestiegen. Allerdings dürfte sich dieser Wert nach der regen Bautätigkeit der letzten beiden Jahre im Krippenausbau erneut deutlich nach oben entwickelt haben. Frau Weickart weist auch auf die vergleichsweise hohe Zahl an männlichen Elterngeldbezieher hin, die jedoch mangels

weiterer Konkretisierung keinen Aufschluss darüber zulässt, in wie vielen Fällen die Bezugsdauer die häufig üblichen zwei „Vätermonate“ überschritt. Hier wie auch bei einer Reihe von anderen Indikatoren, so z.B. bei der Grundsicherung im Alter, könnten anhand des erhobenen Datenmaterials kaum aussagekräftige Erkenntnisse für die Gleichstellungspolitik gewonnen werden.

Ein Ausdruck der PowerPoint-Präsentation einschließlich einer Tabelle mit Vergleichszahlen zum Landkreis Mainz-Bingen und zu Wiesbaden ist der Niederschrift beigelegt.

Punkt 4 **Erhöhung des Frauenanteils in Kommunalparlamenten:
Informationen zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes
Vorlage: 0718/2013**

Der Vorsitzende leitet über zu TOP 4 und erteilt erneut Frau Weickart das Wort, welche die aus frauenpolitischer Sicht relevanten Kernpunkte der am 25. April 2013 beschlossenen Änderung des Kommunalwahlgesetzes erläutert. Ziel der Gesetzesänderung ist unter anderem, den Frauenanteil in den rheinland-pfälzischen Vertretungskörperschaften zu erhöhen.

Ein im vergangenen Jahr von der Enquête-Kommission eingeholtes Rechtsgutachten gelangte zum Ergebnis, eine gesetzliche Vorschrift zur geschlechterparitätischen Quotierung von Wahllisten sei nicht verfassungskonform. Die Regierungskoalition verständigte sich daraufhin auf appellierende und statistische Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils.

Da Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils und die Diskussion um ein sogenanntes Paritégesetz bereits mehrfach Themen im Ausschuss waren, wird den Mitgliedern des Ausschusses anhand der Synopse - frühzeitig im Hinblick auf die Kommunalwahl 2014 – die Möglichkeit gegeben, sich ein Bild über Umfang und Ziel der Änderungen im Kommunalwahlgesetz zu machen. Eine Zusammenfassung zum Thema und die vom Frauenbüro erstellte Synopse war zusammen mit der Vorlage zu diesem TOP verschickt worden.

Punkt 5 **Mitteilungen**

Herr Ebling teilt unter dem Punkt Mitteilungen folgende Informationen mit:
a) Auswertung zum Girls‘ Day

Am diesjährigen Girls' Day beteiligten sich in Mainz 36 Unternehmen und Institutionen mit 1187 Plätzen für Schülerinnen der Klassenstufe 5 bis 10 am Mädchenzukunftstag.

Ergänzt wurde das betriebliche Angebot wieder durch die Jobrallye. Federführend von der Stadtjugendpflege und dem Frauenbüro organisiert bot dieses offene und niedrigschwellige Angebot den Besucherinnen an 26 Mitmach-Stationen die Gelegenheit, sich zu informieren und eigene Fähigkeiten zu erproben. Dieses Angebot nutzten 280 Schülerinnen im Alter von 8 bis 17 Jahren. Von der Förderschule bis zum (beruflichen) Gymnasium waren alle Schulformen vertreten, selbst die Freie Waldorfschule. Die Schülerinnen kamen insgesamt aus 41 Schulen, darunter 18 Mainzer Schulen.

Die Mitwirkenden bei der Jobrallye im Haus der Jugend waren:

Berufsberatung der Agentur für Arbeit, Mainz; Cafe Conn@ction der SPAZ; DEBEKA; Förderband, Caritas; BBZ Friseure; INBI; KAB; Landesfilmdienst; MAK, pro familia Mainz; Sportjugend des Landessportbundes RLP; Stadtwerke Mainz Netze GmbH & KWI Kraftwerksinstandhaltung; ver.di Frauen; Amt für Jugend und Familie (Kinder-, Jugend-, und Kulturzentren und Kindertagesstätten), Frauenbüro, Hauptamt und Umweltamt der Stadt Mainz. Von städtischer bzw. stadtnaher Seite engagierten sich weiterhin die Berufsfeuerwehr und der Wirtschaftsbetrieb mit Angeboten im eigenen Haus.

Im kommenden Jahr findet der Girls' Day wegen der terminlichen Überschneidung mit den Osterferien bereits am 27.03.2014 statt.

b) Frauenspezifische Akzente bei den 5. Mainzer Sicherheitstagen

Mit vier Veranstaltungen im Rahmen der 5. Mainzer Tage der Sicherheit und Prävention vom 13. bis 19. Mai 2013 setzten der Frauennotruf Mainz und das Frauenbüro einen frauenspezifischen Akzent.

K.O.cktail - fiese Drogen im Glas / Infoaktion

Gleich zum Auftakt starteten der Frauennotruf Mainz und das Frauenbüro gemeinsam mit der Mainzer Eventgastronomie eine Aufklärungsaktion zu so genannten K.O.-Tropfen. Mit Plakaten und Flyern informierten sie in den beteiligten Kneipen und Klubs deren überwiegend junges Publikum darüber, wie es sich und andere vor bösem Erwachen schützen kann.

Sicherheitstraining für Seniorinnen

„Mit mir nicht!“ hieß es beim Sicherheits- und Selbstbehauptungstraining für Frauen ab 60 Jahren am 15. Mai 2013 von 13 Uhr bis 17 Uhr. Frauennotruf Mainz und Frauenbüro hatten zum Seniorinnen-Sicherheitstraining in die Turnhalle des HDJ eingeladen.

Selbstbehauptungskurs für Frauen mit Beeinträchtigungen

In Zusammenarbeit mit den Werkstätten für behinderte Menschen Mainz gGmbH fand -ebenfalls von Notruf und Frauenbüro organisiert- am Montag, 13. Mai und Mittwoch, 15. Mai von 9-12 Uhr ein Selbstbehauptungskurs speziell für Mitarbeiterinnen der WfB statt.

Interkulturelle Polizeiveranstaltung

An einem Infotisch beim Markt der Möglichkeiten präsentierten sich Mitglieder des AK Gewalt gegen Frauen und Kinder am 14. Mai 2013. Eine Vertreterin des Frauennotrufs nahm zudem an der Podiumsdiskussion zum Thema Gewalt in engen sozialen Beziehungen teil.

c) Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am 24. September 2013 statt.

Ende der Sitzung: 17:40 Uhr

.....
gez. Oberbürgermeister Ebling

.....
gez. Christine Neher

.....
gez. Caroline Blume

.....
gez. Christine Zimmer